

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/216 - 25. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Information</u> Nach dem Gespräch mit Dr. Adenauer	41
2	<u>"Rat der Weisen" für Kultur und Bildungspolitik</u> Eine dringende Aufgabe, deren Lösung nicht aufgeschoben werden darf	47
3 - 4	<u>Griechenland blickt auf die Bundesrepublik</u> Wahlergebnis vom 17. September fordert zu Vergleichen heraus Von Dr. Basil Mathiopoulos - Athen	65
5 - 6	<u>"Die Diktatur der Volksdemokratien" (III)</u> Über Berlin zu den blutenden Grenzen Asiens Von Erwin Friesius Koch	103

* * *
* *

Information

Nach dem Gespräch mit Dr. Adenauer

sp - Das zwischen dem amtierenden Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r, dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy B r a n d t, dem SPD-Vorsitzenden Erich O l l e n h a u e r und dem stellvertretenden Vorsitzenden Herbert W e h n e r heute geführte Gespräch erbrachte die prinzipielle Zustimmung des Bundeskanzlers zu der von der Sozialdemokratie geforderten korrekten Information über den Stand der Berlin- und Deutschlandfrage. Dr. Adenauer hatte Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt zu dem Gespräch hinzugezogen. Wie erinnerlich, hatten die Führungsgremien der SPD in der vergangenen Woche diese Forderung an Dr. Adenauer gerichtet.

Dem Montag-Gespräch mit Dr. Adenauer sollen voraussichtlich weitere Informationen folgen, an denen - entsprechend der SPD-Forderung - möglicherweise auch die zuständigen Fachminister teilnehmen werden.

Entgegen anderslautenden Meldungen sind bei dieser ersten Fühlungnahme der Sozialdemokraten mit dem amtierenden Bundeskanzler keine sogenannter Koalitionsgespräche geführt worden. Dafür lag, zumindest auf sozialdemokratischer Seite, auch keinerlei Veranlassung vor.

Der Sozialdemokratie geht es zunächst und zu allererst um die klare Bilanz dessen, was ist. Sie will, gemeinsam mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die Ausgangspositionen der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirkungsvollen deutschen Politik ausloten.

Dieser Wille entspricht sowohl der bedeutsamen Bundestagsrede ihres stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner vom 30. Juni 1960, als auch der von a l l e n Parteien des Bundestages gebilligten Forderung des Bundestagspräsidenten Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r in dessen Rede am 30. Juni 1961.

Auch unabhängig von den Bundestagswahlen, bei denen die CDU/CSU bekanntlich die absolute Mehrheit verlor, hält die Sozialdemokratie aus Gründen der nationalen Notwendigkeiten ihre Forderung aufrecht, bevor sie sich an Kombinationen über die Zusammensetzung einer zukünftigen Regierung beteiligt. Dies bezieht sich sowohl auf die parteipolitische, wie auf die personelle Zusammensetzung einer solchen Regierung.

Die jüngsten Ereignisse auf dem Gebiet der internationalen Politik, das vielfache Drängen auch der Freunde der Bundesrepublik in Richtung auf einen möglichst baldigen Abschluss der Verhandlungen über die Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems, stellt j e d e Partei in der Bundesrepublik vor gewaltige Aufgaben. Aus diesem Grunde geht die Deutsche Sozialdemokratie mit der ihr eigenen Gewissenhaftigkeit den sicher zu erwartenden Belastungsproben für unser g a n z e s Volk entgegen. Sie lässt sich durch nichts und von niemandem in ihrer Grundhaltung beirren.

"Rat der Weisen" für Kultur und Bildungspolitik

sp - Die deutsche Politik wird zwar gegenwärtig von der Berlin- und Deutschlandfrage überschattet, aber dennoch wird sich schon in Kürze auch die Kultur- und Bildungspolitik wieder in den Vordergrund schieben, zumal hier der Hebel für das Behaupten des deutschen Volkes an der Nahtstelle zwischen Ost und West anzusetzen ist. Waldemar von Kroeringern, der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, hat schon vor den Wahlen wiederholt einen "Rat der Weisen", einen Kulturrat, gefordert, und zwar völlig losgelöst von dem hinter uns liegenden Wahlkampf; seine Forderung ist im Wahlkampf untergegangen.

Die Vorschläge von Kroeringern gehen nicht auf die Bildung eines zentralen "Länder-Kultusministeriums" hinaus. Es geht um eine Zusammenarbeit bei all den Fragen, welche die Kultusministerien in gleicher Masse interessieren. Dabei ist auch keineswegs an eine Änderung des Grundgesetzes gedacht, sondern an einen Staatsvertrag, in dem sich die Länder verpflichten, wichtige kulturpolitische Fragen zu regeln.

Der Kulturrat soll eine Institution sein, die man den Kultusministern als eine Art "Rat der Weisen" zur Seite stellt, wobei dieser Rat aus unabhängigen Persönlichkeiten bestehen sollte. Dieser Rat wird zweifellos in der Lage sein, die Autorität der Kultusminister ihren Kabinetten und auch dem Bund gegenüber zu verstärken und schliesslich zu einer Versachlichung in den Auseinandersetzungen der Parteien über kultur- und schulpolitische Fragen beizutragen.

Der von den Sozialdemokraten seinerzeit angeregte Wissenschaftsrat hat sich zu einer überaus positiven Institution entwickelt. Jetzt dürfte es darum gehen, mit Hilfe des Kulturrates jährlich einen Bedarfsplan der deutschen Kulturpolitik aufzustellen, der den Kultusministern und Länderparlamenten bei den jährlichen Etatberatungen zur Hand gegeben werden könnte. Die Ordnung in der deutschen Kulturpolitik steht als entscheidende Aufgabe an und soll doch nicht zentral von oben geregelt, sondern entsprechend der Ländervielfalt gelöst werden.

In den Bereichen für Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung, Kunst- und Bibliothekswesen gibt es zum Teil groteske Notstände, die hier nicht näher erläutert werden sollen, die aber in der jetzt begonnenen Legislaturperiode mit Hilfe von Bund, Ländern und Gemeinden zu lösen sind.

Voraussichtlich wird man auch die Ordnung im deutschen Schulwesen mit Hilfe des Kulturrates schneller und reibungsloser erarbeiten können. Die grossen Aufgaben liegen hier noch vor uns. Das neunte Volksschuljahr in allen Bundesländern wäre notwendig. Daneben gilt es endlich so weit zu kommen, dass für jede Schülerklasse die schliesslich einmal auf 25 Schüler zu reduzieren wäre, auch wenn der eigene Klassenlehrer und der eigene Klassenraum vorhanden sind. Daneben sind die ausserdem notwendigen Fachklassen zu schaffen. Ein "Überhang" von zehn Prozent der Lehrer zum Einspringen bei Krankheiten wäre notwendig. Schliesslich gilt es die in manchen Bundesländern noch bestehende Ausbildung der Lehrer in Akademien durch eine Hochschullehrerausbildung abzulösen.

Griechenland blickt auf die Bundesrepublik

Von Dr. Basil Mathiopoulos - Athen

Es kann nicht überraschen, dass in ganz Griechenland die Wahl des neuen deutschen Bundestages mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Die Bundesrepublik ist für die Griechen nicht nur einer der Verbündeten innerhalb der NATO, sondern einer der wichtigsten westlichen Partner, der wesentlich zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beiträgt. Seit 1950 haben sich die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Völkern ständig vertieft, so dass man heute in Griechenland ein aufrichtiges Interesse an dem Geschehen in Deutschland feststellen kann. 60 000 Familien - um nur ein Beispiel anzuführen - erhalten ihren Lebensunterhalt durch die griechischen Arbeiter in westdeutschen Betrieben. Diese Tatsache allein würde schon genügen, um den politischen Barometerstand in der Bundesrepublik aufmerksam zu registrieren.

Das Wahlergebnis des 17. September hat bei den politischen Parteien Griechenlands ein unterschiedliches Echo gefunden. In den Reihen der "Nationalen radikalen Union", der bisherigen Regierungspartei, war man über den Verlust der absoluten Mehrheit der CDU/CSU überrascht. Man ist allerdings überzeugt, dass auch die neue Bundesregierung die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern fördern wird.

Eindeutig positiv war dagegen das Echo in den Kreisen der oppositionellen liberalen Mittelpartei. Sie bezeichnen die Wahl als einen Beweis der politischen und demokratischen Reife der Bundesrepublikaner zu einer Zeit, da noch das eigene Land und die ganze Welt unter dem Schatten der Berlinkrise steht. Als besonders auffallend und begrüßenswert bezeichnet man die Tatsache, dass alle extremistischen Kräfte rechter und linker Herkunft eine unmissverständliche Abfuhr erhielten und damit vorerst von der machtpolitischen Zuständigkeit im öffentlichen Leben ausgeschlossen bleiben. Die demokratische Entscheidung der deutschen Wähler wird als der Wille interpretiert, sich innerhalb der westlichen Gemeinschaft zu behaupten und nicht in eine Isolierung drängen zu lassen. Gefördert werde dieses Bestreben durch die Tatsache, dass

keine Partei mehr die absolute Mehrheit erreicht habe. Dies mache nicht nur den politischen Alleingang unmöglich, sondern biete auch eine Voraussetzung, dass das Geschick des deutschen Volkes in seiner schwierigen Lage auf möglichst breiter Basis gelenkt werden kann.

Da in Griechenland für den 29. Oktober Neuwahlen ausgeschrieben wurden, steht es ausser Frage, dass die Wahlen in der Bundesrepublik beispielhaften Charakter erhalten. Die liberal-demokratischen Parteien der Mitte in Athen bemühen sich vor allem seit dem Amtsantritt Kennedys um eine innenpolitische Kursänderung. Sie wollen die letzte Chance wahren, um Griechenland auch faktisch in einen Rechtsstaat westlichen Stils umzugestalten. Man erwartet einen positiven Stimmungseinfluss auf die griechischen Wähler, wenn nach der Absage an alle fanatischen und extremen Elemente eine konstruktive neue politische Führung die Verantwortung übernimmt.

In der griechischen Presse wurde das Wahlergebnis in der Bundesrepublik allgemein als der Beweis dafür hingestellt, dass die Demokratie, die einst als künstliche Regierungsform in einem besiegten Lande eingeführt worden war, nun endgültig wenigstens im Westen Deutschlands fest Wurzeln geschlagen und reife Frucht getragen hat. So habe dieses neue und andere Deutschland einmal mehr das Vertrauen des Westens gerechtfertigt.

Den beträchtlichen Stimmengewinn der SPD schreibt man zu einem grossen Teil der Dynamik und dem politischen Geschick des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willi Brandt, zu, der in einem entscheidungsvollen kritischen Augenblick einen zeitgemässen Weg einschlug. Brandt, der seit seinem Besuch in Athen Ende vorigen Jahres in Griechenland sehr geachtet wird, erhielt besonders wegen seiner Umsichtigkeit während der akuten Berlinkrise die Sympathien aller Griechen. Die Rolle der "Dritten Kraft", die die FDP nach ihrem Stimmengewinn künftig übernehmen wird, hinterliess in Griechenland ebenfalls einen nachhaltigen Eindruck. Die Konstellation der politischen Kräfte ist in Griechenland zwar anders gelagert - neben den extremen Parteien der Rechten und Linken gibt es nur eine liberale Mitte -, doch wünscht man sich eines von der Bundestagswahl auf die kommenden griechischen Wahlen analog übertragen: eine ausgewogene Entscheidung der Wähler.

"Die Diktatur der Volksdemokratien" (III)

Über Berlin zu den blutenden Grenzen Asiens

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Mitarbeiter, der Schriftsteller Erwin Erasmus Koch, setzt seine Artikelreihe über den kommunistischen Imperialismus fort. Mao Tse-tung selbst hat "Die Diktatur der Volksdemokratien" zum Ziel der Revolutionen in Asien und der übrigen Welt erhoben. E.E. Koch veröffentlicht unter den Dokumentationen seines neuen Buchs "Goldschätze, Goldene Kaiser, Rote Sterne" ("Zehntausend Jahre Asien"), West-Verlag, Frankfurt/Main, 1961, auch eine grundlegende Rede Maos, die den totalen Machtanspruch der KPCh auf ganz Asien betont.

Die Redaktion

* * *

Zehntausende waren in der Gluthitze eines chinesischen Hochsommertages am 1. Juli 1949 auf dem Platz hinter dem "Tor des Himmlischen Friedens" in Peking versammelt. Mao Tse-tung, "der Sieger in zehntausend Schlachten, der Überwinder von schneebedeckten Flüssen und zehntausend Bergen", so priesen ihn die Überlebenden des "Langen Marsches", begründete damals zur 28. Jahresfeier der KPCh die Notwendigkeit der Diktatur der Volksdemokratie. Seiner Rede lag ein sorgfältig ausgearbeitetes Manuskript zu Grunde. Die Massen grüßten ihn mit dem Krönungsruf, der einst den chinesischen Kaisern galt: "Mao Tse-tung wan schui!" - "Zehntausend Jahre lebe Mao Tse-tung!"

"Entweder den Tiger töten..."

Der "Dschusi", der Führer der "Partei der Güterverteilung" erklärte dann: "Man sagt uns: 'Ihr seid zu herausfordernd!' Das stimmt! Aber wir sind es vor allem im Verkehr mit inländischen und ausländischen Reaktionären, mit den Imperialisten und ihren Kettenhunden, aber mit niemanden sonst. In Bezug auf Reaktionäre... bleibt es durchaus gleichgültig, ob man herausfordernd ist oder nicht, weil sie eben Reaktionäre sind. Nur durch eine Grenzziehung zwischen ihnen und den Revolutionären, nur durch eine Entlarvung der Ziele und Verschwörungen der Reaktionäre, bei Aufrechterhaltung der Wachsamkeit in den Reihen der Revolutionäre, und nur durch Hebung unserer eigenen Moral können die Reaktionäre isoliert, besiegt und unterdrückt werden. Vor einer wilden Bestie darf man nicht die geringste Feigheit zeigen. Wir müssen bei Wu Ssung (einem der 108 Helden des historischen Werks "Alle Menschen sind Brüder", die Redaktion) lernen, der auf dem Djinggang-Grat einen Tiger mit blossen Händen erwürgte. Wu Ssung war der Ansicht, dass der Tiger Menschen fressen werde, ganz gleich, ob man ihn angreife oder nicht. Es gab nur zwei Möglichkeiten: Entweder den Tiger töten oder sich von ihm fressen lassen."

"Einen dritten Weg gibt es nicht"

Mao fuhr fort: "Man sagt uns: 'Ihr neigt nach einer Seite hin!' Das stimmt! Die 40-jährigen Erfahrungen Dr. Sun Yat-sens und die 28-jährigen Erfahrungen der Kommunistischen Partei Chinas haben uns zutiefst davon überzeugt, dass wir, um zu siegen, der einen Seite zuneigen müssen. Bittere Lehren zeigten uns, dass sich das chinesische Volk für den Imperialismus oder den Sozialismus entscheiden musste. Einen dritten Weg gab es nicht. Wir kämpften gegen die reaktionäre Clique Tschiang Kai-scheks. Nicht nur in China, vielmehr

in der ganzen Welt schlägt man sich entweder zum Imperialismus oder zum Sozialismus. Neutralität ist Tarnung, und einen dritten Weg gibt es nicht!"

"Revolutionen verlaufen nicht auf geraden Wegen"

Dennoch stellte Mao Tse-tung im scheinbaren Widerspruch weiter fest, dass die Diktatur der Volksdemokratien über diesen dritten Weg erreicht werden könnte, "Über die neutralistischen Staaten und Nationaldemokratien". Dazu der "Dschusi" wörtlich ("Die Strategie des revolutionären Krieges, Seite 96): "Einziehen des Krieges in der Strategie und Zügigkeit bei Aktionen operativen sowie taktischen Zwecke sind zwei Seiten in ein und derselben Sache. Sie sind parallele, gleichbedeutende Prinzipien der Führung des Bürgerkriegs. Die gleichen Prinzipien können auch im Krieg gegen den Imperialismus angewendet werden... Wenn ein Sieg möglich ist, kämpfen wir. Wenn nicht, ziehen wir uns zurück. Das ist die Erklärung des Wesens unseres Bewegungskrieges... Aber auch wenn wir uns zurückziehen, tun wir es stets nur, um (zur gegebenen Zeit) weiter zu kämpfen. Unsere gesamte strategische und operative Zielsetzung beruht auf dem Bestreben, dass wir den Kampf unentwegt fortsetzen. In einer Reihe von Fällen würde es jedoch unklug sein, einfach dreinzuschlagen. So zum Beispiel, wenn eine gegnerische Gruppierung nicht isoliert ist oder wenn sie sehr feste Stellungen bezogen hat. Sollten wir uns in eine 'Rauferei' eingelassen haben, jedoch nicht siegen können, dann ist es besser, die 'Rauferei' aufzugeben. Ein solches Absetzen scheint mir zulässig und notwendig. Revolutionen verlaufen nicht auf geraden Wegen. Wenn wir die Notwendigkeit des Absetzens anerkennen, bedeutet das vor allem, dass wir die Notwendigkeit des Kampfes anerkennen. Eben darin besteht die Besonderheit des Bewegungskrieges, den die Rote Armee führen muss."

Mao Tse-tung ohne Tarnung

Wahrhaftig, Mao Tse-tung sollte im Westen besser studiert werden. Er ist ein geschichtliches Phänomen und zweifellos einer der grössten Revolutionäre des zwanzigsten Jahrhunderts, wenn nicht aller Zeiten überhaupt. Er stellte damals, auf dem Platz hinter dem "Tor des Himmlichen Friedens", den Leitsatz auf, der sein Handeln fortan bestimmte: "Verfahre mit den anderen so, wie sie mit dir verfahren sind!" "Verfahre mit den Imperialisten und ihren Lakaien, wie sie verfahren. Nur so und nicht anders!"

Das Streben nach der kommunistischen Hegemonie über Asien trat danach von Jahr zu Jahr deutlicher in Erscheinung. Der totale Anspruch der Doktrinen Lenins und Stalins offenbarte sich. Mao Tse-tung führte ihn eigenwillig, ganz auf seine Weise durch. "Die Demokratische Diktatur des Volkes", begründet auf dem Bündnis der Bauernschaft und Arbeiterklasse, muss sich mit den internationalen revolutionären Kräften koordinieren. Darin liegt unsere wichtigste Formel ausgedrückt. Die Zivilisation des Westens, seine Demokratie und seine bürgerlichen Republiken haben in den Augen des chinesischen Volkes Schiffbruch erlitten. Die bürgerliche Demokratie wird der Volksdemokratie weichen müssen und die bürgerlichen Republiken werden von den Volksrepubliken verdrängt

* * *

Seit jenem 1. Juli 1949 sind zwölf Jahre verflossen. Jedes von ihnen war ein Meilenstein auf dem Wege der kommunistisch-asiatischen Strategie. Wir erkennen heute den roten Faden, über den Volksdemokratien Europas, über Berlin, über den Hindukush, entlang dem Himalaya-Massiv, über Burma nach Hinterindien. t + - t - - - - -

Verantwortlich: Günter Markscheffel